

144337-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Objektplanungsleistungen Gebäude und Innenräume und Freianlagen für die Modernisierung und Erweiterung der Förderschule Zweenfurther Str. 21 in Leipzig

OJ S 49/2024 08/03/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Amt für Gebäudemanagement

E-Mail: julika.gross@leipzig.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Objektplanungsleistungen Gebäude und Innenräume und Freianlagen für die Modernisierung und Erweiterung der Förderschule Zweenfurther Str. 21 in Leipzig

Beschreibung: Das Amt für Gebäudemanagement der Stadt Leipzig beabsichtigt die Modernisierung und Erweiterung der Förderschule in der Zweenfurther Str. 21 in Leipzig zur Wiederherstellung des Gebäudes zur Nutzung als Förderschule mit Schwerpunkt auf geistiger Entwicklung. Gesamtkostenrahmen (KG 200-700): derzeit ca. 27,5 Mio. EUR brutto

Bauwerkskosten (KG 300+400): Kostenobergrenze 18,2 Mio. EUR brutto

Kennung des Verfahrens: 76cb66cc-ab7a-41f4-8e12-7c2f10f59b14

Interne Kennung: L-65.3-024-FÖSZ-OPL

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04318

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXS0Y6MY1KCSQDTQ Einzureichende Unterlagen im Teilnahmewettbewerb (TNW): Formular zur Eigenerklärung

(Bewerbungsformular) (mit dem Teilnahmeantrag (TA) mittels Eigenerklärung vorzulegen):

Das Formular zur Eigenerklärung ist vollumfänglich auszufüllen und in Textform zu unterschreiben. Alle notwendigen Anlagen bzw. Nachweise sind gesondert beizufügen. Das

Formular zur Eigenerklärung kann unter der im Punkt I.3) dieser Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abgerufen werden. Für den TNW wurde das Vertragsmuster zur Information beigelegt. Honorarangebot, Handout und Konzeptidee sind erst nach Aufforderung durch die zum Verhandlungsverfahren ausgewählten Bieter zu erstellen. Elektr. Bewerbungsabgabe in Textform, mit fortgeschrittener/qualifizierter Signatur ist zugelassen. Sämtliche Kommunikation in diesem Verfahren erfolgt im Vergabeportal über die bei der Erstanmeldung hinterlegte E-Mailadresse. Es ist eine dauerhafte Erreichbarkeit während des gesamten Verfahrens durch den Bewerber/Bieter sicherzustellen. Eingehende Rückfragen per Post, E-Mail o. Fax können nicht beantwortet werden. Die Bewerber erklären förmlich, dass die von Ihnen angegebenen Informationen in der von Ihnen eingereichten Eigenerklärung genau u. korrekt sind u. sie sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung bewusst sind. Die Bewerber erklären förmlich, dass Sie in der Lage sind, die Bescheinigungen u.a. genannte dokumentarische Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen. Nicht fristgerecht elektr. eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise u. Erklärungen nachzufordern. Bewerbungen, die nicht alle geforderten Angaben, Nachweise u. Referenzen enthalten, werden ausgeschlossen, sofern diese auf Anforderung nicht innerhalb einer gesetzten Frist nachgeliefert werden. Kopien von Nachweisen werden anerkannt, sofern sie keinen Anlass zu Zweifeln an der Übereinstimmung mit dem Original geben. Anlagen z. TA d. Bewerbers dürfen max. 100 MB nicht überschreiten. Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Im Auftragsfall hat der AN die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro bzw. gem. den Angaben im TA zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine weitere, im TA nicht angekündigte Unterbeauftragung zulässig. Für die gesamte Projektlaufzeit ist die personelle Kontinuität hinsichtlich der Präsenz vor Ort zu gewährleisten. Nicht erwünscht sind Werbebroschüren /Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. Für die Ausarbeitung der Bewerbungs- u. Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet. Hinweis: Vorlage der Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV der Nachunternehmer (NU) u. ggf. deren NU, soweit sich der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, o. ein Mitglied einer BG, die den Zuschlag erhalten soll, auf die Fachkunde oder Leistungsfähigkeit von NU beruft, mit Unterschrift in Textform. Sollten Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung (Ausschlusskriterium). Enthalten die Bekanntmachung od. Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den AG unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert. Bei den Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit "Bewerber" oder "Bieter" sowohl einzelne Unternehmen als auch BG gemeint, mit "Auftragnehmer" der Bieter bzw. die BG.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanungsleistungen Gebäude und Innenräume und Freianlagen für die Modernisierung und Erweiterung der Förderschule Zweenfurther Str. 21 in Leipzig
Beschreibung: Der Auftraggeber beabsichtigt die Leistungsphasen (LPH) 1 bis 9 Objektplanungsleistungen für Gebäude und Innenräume gem. § 34 ff. i.V.m. Anlage 10 HOAI 2021 sowie die Leistungsphasen (LPH) 1 bis 9 Objektplanungsleistungen für Freianlagen gem. § 39 ff. i.V.m. Anlage 11 HOAI 2021 sowie Besondere und Weitere Leistungen zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt entsprechend den Vertragsbedingungen (siehe Unterlagen Vertragsbedingungen) sowie nach einzelnen Leistungsphasen. Mit Abschluss des

Verhandlungsverfahrens wird vertraglich die Leistungsstufe I: Leistungsphasen 1 bis 4 sowie Weitere Leistungen beauftragt. Des Weiteren werden entsprechend Vertragsentwurf Weitere Leistungen vorbehalten. Im Anschluss sollen die Leistungsphasen 5 bis 9 stufenweise (einzeln oder im Ganzen) beauftragt werden. Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der nachfolgenden Leistungsphasen besteht nicht. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der Finanzierung durch den Auftraggeber bzw. der Förderung des Bauvorhabens sowie unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet. Bei Beauftragung der ausgeschriebenen Leistungsphasen 1-9 liegt das Auftragsende voraussichtlich bei Juli 2030 (Abschluss LPH 8).

Interne Kennung: L-65.3-024-FÖSZ-OPL

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung der nachfolgenden Leistungsphasen besteht nicht. Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Auftragnehmer keine Erhöhung seines Honorars ableiten. Die stufenweise Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der Finanzierung durch den Auftraggeber bzw. der Förderung des Bauvorhabens sowie unter dem Vorbehalt, dass der Auftragnehmer die Gewähr für eine sachgerechte, qualitätsvolle und termingerechte Leistungserfüllung bietet. Bei Beauftragung der ausgeschriebenen Leistungsphasen 1-9 liegt das Auftragsende voraussichtlich im Juli 2030 (Abschluss LPH 8).

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04318

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2024

Enddatum der Laufzeit: 31/08/2030

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1.) Erklärung zu den durchschnittlichen Honorarumsätzen des Wirtschaftsteilnehmers gem. § 45 (1) Nr. 1 VgV, soweit sie die Leistungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre betreffen (in EUR brutto): Gesamthonorarumsatz und Honorarumsatz im Bereich Objektplanung für Gebäude und Innenräume gemäß § 34 ff. HOAI 2013 sowie im Bereich Objektplanung für Freianlagen gemäß § 39 ff. HOAI 2013 für die Jahre (2020), 2021, 2022 und 2023. Der Mindesthonorarumsatz (Durchschnitt der Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Bereich Objektplanung für Gebäude und Innenräume gemäß § 34 ff. HOAI 2021 in Euro brutto) wird festgelegt mit 300.000 EUR brutto. Der Mindesthonorarumsatz (Durchschnitt der Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Bereich Objektplanung für Freianlagen gemäß § 39 ff. HOAI 2021 in Euro brutto) wird festgelegt mit 100.000 EUR brutto. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Summe der durchschnittlichen Jahresumsätze (der Mitglieder dieser Bewerbergemeinschaft) aus dem Bereich Objektplanung Gebäude + Innenräume sowie Objektplanung Freianlagen maßgebend. 2.) Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung OPL und OPFA, Nachweis durch Kopie als Anlage. Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV 2016: 1. Name des Versicherers; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage. 2. Werden die geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 3 000 000 EUR (OPL) bzw. von mind. 1 500 000 EUR (OPFA) für Personenschäden, mind. 3 000 000 EUR (OPL) bzw. 1 000 000 EUR (OPFA) für sonstige Schäden sowie die geforderte zweifache Maximierung nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass 1. die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder 2. im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen. Für geplante Nachunternehmer muss keine Versicherungsbestätigung vorliegen. Der Nachweis des Versicherers darf nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Bewerbungsfrist des Teilnahmeantrages sein. Der Nachweis ist als Anlage in Kopie beizufügen! Gemäß § 47 (3) VgV 2016 verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Auftraggeber (AG) wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (TA) anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise und Erklärungen formal und inhaltlich prüfen und bewerten. Die Auswahl erfolgt unter den formal zulässigen TA (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, wobei die Kriterien wie folgt bewertet werden: pro Auswahlkriterium können 0 bis 3 Punkte (siehe Bewertungsmatrix) vergeben werden, Punktzahl pro Kriterium wird gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach der erreichten Gesamtpunktzahl von 300. Es werden max. die 3-5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl zur Angebotsabgabe aufgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber mit festgelegter Höchstzahl

gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl zu hoch, entscheidet unter diesen das Los. Formale Prüfung der Mindeststandards: 1. Abgabefrist eingehalten, 2. Einreichen des vollständigen TA (Bewerbungsformular und entsprechende Anlagen) elektronisch verschlüsselt über Vergabeplattform (Einreichung von TA per Post, E-Mail oder Fax ist nicht zulässig), 3. Abschlusserklärungen in Textform unterschrieben, 4. Bestätigung der Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen gem. § 73 (3) VgV 2016, 5. Angabe gemäß § 53 (8) VgV 2016, ob für Auftragsgegenstand gewerbliche Schutzrechte bestehen oder beantragt sind, 6. Angabe Art der Bewerbung, 7. bei Bewerbergemeinschaften (BG): Geforderte Nachweise aller Mitglieder und Erklärung zur gesamtschuldnerische Haftung, falls zutreffend, 8. Angaben zu Unterauftragnehmern gemäß § 36 VgV 2016, Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer mit Unterschrift in Textform beigefügt, falls zutreffend, 9. Angaben zur Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gemäß § 47 (1) VgV 2016, Verpflichtungserklärung Unternehmen beigefügt, mit Unterschrift in Textform falls zutreffend, 10.

Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer BG bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder der BG zur Folge. 11. Bestätigung des Nichtvorliegens zwingender und fakultativer Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB, 12. Bauvorlageberechtigung mind. eines Büromitgliedes, 13. Handels- oder Partnerschaftsregisterauszug, 14. Mindesthonorarumsatz OPL und OPFA, 15. Berufshaftpflichtversicherung OPL und OPFA, 16. Mindestreferenzen, 17. Bestätigung beruflichen Qualifikation Projektleiter OPL, stellv. Projektleiter OPL, Objektüberwacher, Projektleiter OPFA Auswahlkriterien und deren Wichtung: Zu Technische und berufliche Leistungsfähigkeit; Gesamtgewichtung 100 %; davon: 1. Mindestreferenz A - : Objektplanung für Sanierung und/oder Modernisierung eines Gebäudes, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 8,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 30 %, davon: 1.a Erbrachte Leistungsphasen der Referenz, 15 % 1.b Bauwerkskosten (KG 300 + 400) in EUR brutto für Sanierung /Modernisierung, 15% 2. Mindestreferenz B - Objektplanung für Neubau und/oder Erweiterung eines öffentlichen Gebäudes, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 4,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 25 %, davon: 2. a Erbrachte Leistungsphasen der Referenz, 10 % 2.b Bauwerkskosten (KG 300 + 400) in EUR brutto für Neubau/Erweiterung, 15% 3. Mindestreferenz C- Freianlagenplanung für eine realisierte Freianlage, mind. Honorarzone III, Herstellkosten (KG 500) von mind. 300.000 EUR brutto; Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 15 %, davon: 3.a Erbrachte Leistungsphasen der Referenz, 5 % 3.b Herstellkosten (KG 500) in EUR brutto , 10% 4. Referenzen aus zusätzlicher Referenzliste, 30 %, davon: 4.a Referenz Z.1: Objektplanung für den Neubau oder die Sanierung eines Gebäudes für Bildung gem.

Bauwerkszuordnungskatalog Nr. 4100-4400, mind. LPH 3-5 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 10 %. 4.b Referenz Z.2: Objektplanung für die Sanierung/Modernisierung eines denkmalgeschützten Gebäudes, mind. LPH 3-5 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 10 %. 4.c Referenz Z.3: Objektplanung für den Neubau eines Gebäudes in Holzbauweise, mind. LPH 3-8 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12), 10 %. Hinweise: 1. Besteht

eine Baumaßnahme aus Neubau in Verbindung mit einer Sanierung (Bsp. Sanierung Hauptgebäude eines Gebäudes mit Erweiterungsanbau) so ist für die jeweilige Referenz nur der Anteil u.a. BWK für die geforderte Leistung anzugeben. 2. Die zusätzliche Referenz kann auch die als Mindestreferenzen genannten Projekte beinhalten, Mehrfachnennungen sind möglich. Weitere Unterkriterien sowie die Vorgehensweise bei der Bewertung (Vergabe von 0, 1, 2 oder 3 Pkt.) können der beigefügten Bewertungsmatrix (Sonstiges) entnommen werden.

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1.) Nachweis Bauvorlageberechtigung mind. eines Büromitgliedes: Name des Bewerbers/des Büromitglieds, Bauvorlageberechtigung durch Kammereintrag als Anlage beilegen 2.) Kopie Handels- oder Partnerschaftsregisterauszug; falls nicht vorliegend: Begründung im Formular zur Eigenerklärung (Bewerbungsformular) z.B. freiberuflicher Architekt/Ingenieur. Der Handels- oder Partnerschaftsregisterauszug muss die aktuellen Verhältnisse widerspiegeln, darf jedoch nicht älter als 12 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufes der Bewerbungsfrist sein.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: 1) Referenzen gem. § 46 (3) Nr. 1 i. V. m. § 75 (5) VgV 2016 (Eignungskriterium): 1. Mindestreferenz A: Objektplanung für Sanierung und/oder Modernisierung eines Gebäudes, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 8,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12). 2. Mindestreferenz B: Objektplanung für Neubau und/oder Erweiterung eines öffentlichen Gebäudes, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 4,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12). 3. Mindestreferenz C: Freianlagenplanung für eine realisierte Freianlage, mind. Honorarzone III, Herstellkosten (KG 500) von mind. 300.000 EUR brutto; Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12). 2) Referenzen aus zusätzlicher Referenzliste (Auswahlkriterium): Die nachfolgende zusätzliche Referenz kann auch die zuvor als Mindestreferenzen genannten Projekte beinhalten, Mehrfachnennungen sind möglich. 1. Zusatzreferenz Z.1: Objektplanung für den Neubau oder die Sanierung eines Gebäudes für Bildung gem. Bauwerkszuordnungskatalog Nr. 4100-4400, mind. LPH 3-5 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12). 2. Zusatzreferenz Z.2: Objektplanung für die Sanierung/Modernisierung eines denkmalgeschützten Gebäudes, mind. LPH 3-5 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12) 3. Zusatzreferenz Z.3: Objektplanung für den Neubau eines Gebäudes in Holzbauweise, mind. LPH 3-8 erbracht, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. 5.1.12). 3) Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Projektteams gem. § 46 (1) i. V. m. §46 (3) Nr. 2 u. 6 VgV 2016 (Eignungskriterium): 1. Bestätigung der beruflichen Qualifikation des Projektleiters OPL: Abschluss mind. Bachelor/ Dipl.-Ing. (FH), Master/Dipl.-Ing., im Bereich Architektur oder vergleichbarem Studiengang, mind. 8 Jahre BE 2. Bestätigung der beruflichen Qualifikation

des stellv. Projektleiters OPL: Abschluss mind. Bachelor/ Dipl.-Ing. (FH), Master/Dipl.-Ing., im Bereich Architektur oder vergleichbarem Studiengang, mind. 5 Jahre BE 3. Bestätigung der beruflichen Qualifikation des Objektüberwachers: Abschluss mind. Bachelor/ Dipl.-Ing. (FH), Master/Dipl.-Ing., im Bereich Architektur oder Bauingenieurwesen oder vergleichbarem Studiengang, mind. 8 Jahre BE alternativ: anderweitige Ausbildung mit Abschluss als Techniker/ Meister sowie Nachweis von mind. 10 Jahren Berufserfahrung 4. Bestätigung der beruflichen Qualifikation des Projektleiters OPFA: Abschluss mind. Bachelor/ Dipl.-Ing. (FH), Master/Dipl.-Ing., im Bereich Landschaftsarchitektur oder vergleichbarem Studiengang, mind. 8 Jahre BE. Hinweise: 1. Die entsprechenden Angaben zum vorgesehenen Projektteam, sowie die Nachweise zur Erfüllung der geforderten Mindeststandards sind erst mit Abgabe der Angebotsunterlagen (Stufe 2) einzureichen. Durch den Bewerber ist im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zu bestätigen, dass die geforderten Mindeststandards erfüllt werden. Können die Anforderungen nicht erfüllt werden, ist dies ein Ausschlussgrund, 2. Die Berufserfahrung wird ermittelt ab dem Datum des geforderten Studienabschlusses bis zum Fristende zur Einreichung des Erstangebotes (Stufe 2), 3. Personalunion zwischen Projektleiter OPL und Objektüberwacher ist nicht möglich, jedoch zwischen stellv. Projektleiter OPL und Objektüberwacher.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 25/03/2024 23:59:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0Y6MY1KCSQDTQ/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0Y6MY1KCSQDTQ>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXS0Y6MY1KCSQDTQ>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 03/04/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 138 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: --

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Rechtsform von Bewerbergemeinschaften (BG): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung kann das vorgegebene Formblatt verwendet werden, das als Anlage den Teilnahmeunterlagen beiliegt. Die Vorlage des Nachweises hat mit Abgabe der Bewerbung zu erfolgen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern oder ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit hat.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb eines Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt. 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: hpm Henkel Projektmanagement GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Amt für Gebäudemanagement

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Amt für Gebäudemanagement

Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Prager Straße 126-128
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04317
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: julika.gross@leipzig.de
Telefon: +49 3411237398

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: hpm Henkel Projektmanagement GmbH
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Behringstraße 45
Stadt: Dresden
Postleitzahl: 01159
Land, Gliederung (NUTS): Dresden, Kreisfreie Stadt (DED21)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabe@henkel-pm.de
Telefon: +49 35187323800

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: PF 101364
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04013
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de
Telefon: +493419773800
Fax: +493419771049

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Amt für Gebäudemanagement
Registrierungsnummer: keine Angabe
Postanschrift: Prager Straße 126-128
Stadt: Leipzig
Postleitzahl: 04317
Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)
Land: Deutschland
E-Mail: julika.gross@leipzig.de
Telefon: +49 3411237398

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

86232f7e-1a3b-40af-a878-2e537c72f088-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

10.1. Änderung

Beschreibung der Änderungen: 24-03-07_OPL-FA_Rückfragenkatalog-1.pdf

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 81d5f63c-6659-43d2-a865-b4a921c76b51 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/03/2024 13:16:33 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 144337-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 49/2024

Datum der Veröffentlichung: 08/03/2024